

**Johannes-Maria Lex**

**Von:** INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]  
**Gesendet:** Mittwoch, 19. Januar 2011 20:36  
**An:** Österreichische Bischofskonferenz; angela.lueger@gdg-kmsfb.at; Katrin.Niessler@parlament.gv.at  
**Betreff:** Sammelmeldung 20.01.2011 - mit Informationen zu Kinderrechten in die Verfassung und zum Bildungsvolksbegehren

**Plattform EduCare**  
 elementare und außerschulische Bildung  
**Informationsdienst**  
<http://www.Plattform-EduCare.org>  
[informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

**ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG  
 DES INFORMATIONSDIENSTES  
 VOM 19.01.2011 20:35:55**

**Alle Aussendungen des Informationsdienstes der Plattform  
 EduCare können Sie auch im Internet nachschlagen:  
<http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm>**

**VERFASSUNGSRECHTLICHE VERANKERUNG DER KINDERRECHTE**

[Kinderrechte: Kritik von allen Seiten am vorliegenden Entwurf - Zahlreiche Vertreter von Kirchen, Hilfsorganisationen und Netzwerken forderten "keine Zustimmung" für "Mogelpackung" im Nationalrat am Donnerstag](#)

["Mogelpackung": Verbesserung nur "Schein"](#)  
["Rückschlag" für kinderfreundlichere Gesellschaft](#)  
[Verankerung braucht "mehr Zeit"](#)  
[Verankerung nach Jahr der Diskussionen](#)

[Schreiben an das Österreichische Parlament vom 18. 01. 2011](#)

[Sie möchten auch an die Abgeordneten Schreiben – einfach HIER klicken!](#)

[Antwort von SPÖ-Kinder und Jugendsprecherin Angela Lueger](#)

[Antwort vom SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann](#)

[Antwort von SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binda-Maier](#)

[Kinderrechte sind nicht teilbar! Nein zum Alibi-Gesetz!](#)

[Kinderrechte ohne Einschränkungen!](#)  
[Geplantes Verfassungsgesetz über die Kinderrechte entspricht nicht ...](#)  
[Verfassungsgesetzesentwurf ist keine adäquate Umsetzung der ...](#)  
[Österreich: Kinderrechte in die Verfassung - aber vollständige!](#)  
[Entwurf keine adäquate Umsetzung der Kinderrechtskonvention in ...](#)  
[Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern in Österreich ...](#)  
[Österreich geplantes Verfassungsgesetz über Kinderrechte nicht ...](#)  
[Österreich: Gesetz über die Einbindung der Kinderrechte in die Bundesverfassung geplant - aber nicht \(ganz\) im Sinn der UN-Kinderrechtskonvention](#)  
[Österreich: Geplantes Bundesverfassungsgesetz ist keine adäquate Umsetzung der UN-Kinderrechte-Konvention](#)  
[24PR => Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern in ...](#)  
[Österreich: Vorliegender Entwurf für eine Verfassungsgesetz ist ...](#)  
[otsat Kinderrechte in Verfassung](#)  
[GdG-KMSfB begrüßt Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung](#)  
[Kein Kompromiss bei Kinderrechten](#)  
[Lueger: Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung wichtiger ...](#)  
[Alle Kinderrechte müssen in die Verfassung](#)  
[Kinderrechte ohne Einschränkungen](#)  
[Verankerung der Kinderrechte in der österreichischen Verfassung ...](#)  
[Kinderrechte ohne Einschränkungen Alle Nachrichten auf quEDIT](#)  
[YouTube - Allen Kindern alle Rechte](#)  
[Kinderrechte: NGOs protestieren gegen Entwurf « DiePresse.com](#)

**BILDUNGSVOLKSBEGEHREN**

[Allgemeine Information zum Volksbegehren Bildungsinitiative](#)

[Die Aktivitäten der ersten Wochen](#)  
[Inhaltliche Vorbereitung der Einreichung](#)  
[Unterstützungserklärungen sammeln](#)  
[Registrierung als Unterstützerin/Unterstützer auf der VBBI-Homepage ist KEINE rechtsgültige](#)  
[Unterstützungserklärung](#)  
[Website wird permanent erweitert, Downloads zur Verfügung gestellt](#)  
[Volksbegehrengesetz](#)

[Videos zum Vernetzungstreffen – Raphaela Keller, ÖDKH/Plattform EduCare](#)

## **BILDUNGSPOLITIK**

[Neujahrsempfang - Faymann: "Österreich muss in Zukunft zu den Ländern mit der besten Bildung zählen"](#)

[Neujahrsempfang - Faymann: "Österreich muss in Zukunft zu den Ländern mit der ..."](#)

## **BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

### **BURGENLAND**

[Meldungen: keine](#)

### **KÄRNTEN**

[Meldungen:](#)

[Studie erhebt Bedürfnisse der Frauen](#)

### **NIEDERÖSTERREICH**

[Meldungen: keine](#)

### **OBERÖSTERREICH**

[Meldungen:](#)

[Kindergarten erst um 9 Uhr öffnen: Bürgermeisterin macht Rückzieher](#)

### **SALZBURG**

[Meldungen: keine](#)

### **STEIERMARK**

[Meldungen: keine](#)

### **TIROL**

[Meldungen: keine](#)

### **VORARLBERG**

[Meldungen: keine](#)

### **WIEN**

[Meldungen: keine](#)

## **PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN**

[Übersicht](#)

[Inskription](#)

[Weichen für die neue Schule sind gestellt](#)

## **QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN**

[E-Mail-Aktion](#)

## **TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER**

[Abhilfe für viele - VP will Tagesmütter bekannter machen - "flexible Betreuung"](#)

## **IMPRESSUM UND HINWEISE**

-

## **VERFASSUNGSRECHTLICHE VERANKERUNG DER KINDERRECHTE**

***Kinderrechte: Kritik von allen Seiten am vorliegenden Entwurf - Zahlreiche Vertreter von Kirchen, Hilfsorganisationen und Netzwerken forderten "keine Zustimmung" für "Mogelpackung" im Nationalrat am Donnerstag***

Wien, 18.01.2011 (KAP) Kinderrechte kommen in die Verfassung - allerdings nur zum Teil: So fehlten im vorliegenden Entwurf des Bundesverfassungsgesetzes über die Rechte der Kinder "wesentliche Elemente der Kinderrechtskonvention", kritisierten Vertreter von Kirchen und Hilfsorganisationen wie z.B. das von Caritas, Diakonie, SOS-Kinderdorf und Amnesty International initiierte Netzwerk "Gegen Unrecht: Kinder gehören nicht ins Gefängnis" oder das "Netzwerk Kinderrechte Österreich" am Dienstag. Dazu gehörten etwa die Rechte auf Gesundheit, Bildung, Kinderarmutsbekämpfung, die Rechte von Kinderflüchtlingen oder der spezifische Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Diskriminierung. Die Vertreter äußerten sich im Vorfeld des am Donnerstag im Nationalrat anstehenden Beschlusses zur Aufnahme des Entwurfs.

"Der Gesetzesentwurf ist kein Meilenstein und kann nur ein Anfang sein", hieß es seitens "Gegen Unrecht". Weitere Schritte und Maßnahmen müssten folgen, um zu garantieren, "dass schon bald für alle Kinder die gleichen Rechte gelten". Die Initiative unterstützen mittlerweile mehr als 115.000 Menschen und 75 Organisationen. "Es geht nicht um Ideologie, sondern um den Vorrang des Kindeswohls", erklärte der **Wiener Caritasdirektor Michael Landau**.

Dies gelte insbesondere auch für Asylverfahren und Schubhaft. So erinnerte Landau etwa an die jüngste Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs, demnach es Aufgabe des Staates sei, für rasche Asylverfahren zu sorgen und die Verantwortung der Republik, für den Fall überlanger Verfahren die in dieser Zeit erbrachte Integrationsleistung rechtlich anzuerkennen: "In diesem Bereich braucht es mehr und nicht weniger Rechtsstaatlichkeit."

Für **Diakonie-Direktor Michael Chalupka** ist es "völlig unverständlich, dass die UN-Kinderrechtskonvention nicht im vollen Umfang in die Verfassung aufgenommen werden soll". 35 der insgesamt 43 Paragraphen der Konvention seien im vorliegenden Entwurf "schlichtweg ignoriert" worden; vier der verbliebenen acht Paragraphen, die für die Verfassung vorgesehen sind, "sollen soweit eingeschränkt werden, dass sie anderen Gesetzen, wie z. B. dem Fremdenrecht, untergeordnet sind. Somit werden die Kinderrechte in Österreich beschnitten", fand Chalupka klare Worte.

**SOS-Kinderdorf-Geschäftsführer Christian Moser** appellierte für einen "weiteren Dialog, um nächste Schritte der Umsetzung, Evaluierung und rechtlichen Verankerung zu realisieren". **Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International**, forderte, dass die neuen Regelungen auch ins Asyl- und Fremdenrecht eingebaut werden müssten: "Diese Rechtsbereiche müssen einander ergänzen und dürfen einander nie derart widersprechen, dass die eine Behörde Maßnahmen der anderen Behörde unterläuft."

### "Mogelpackung": Verbesserung nur "Schein"

Darauf verwies auch die **Katholische Aktion Österreich (KAÖ)**: Der vorliegende Entwurf sei eine "Mogelpackung", die Rechte der Kinder würden auch weiterhin durch andere Gesetze überlagert und beschnitten, so **KAÖ-Präsidentin Luitgard Derschmidt**. Mit dem bevorstehenden Beschluss werde "die Öffentlichkeit getäuscht", es komme damit "nur scheinbar zu einer verbesserten Rechtslage für Kinder in Österreich", betonte Derschmidt und ergänzte, dass wirtschaftliche Belange keinesfalls stärkeres Gewicht haben dürften als Kinderrechte. Es sei "problematisch", dass aufgrund der derzeitigen heimischen Fremdengesetze Rechte der Kinder hintangestellt würden.

Der vorliegende Entwurf stamme aus dem Plan einer umfassenden Verfassungsreform, da diese jedoch noch immer nicht in Angriff genommen worden sei, fehlten die entsprechenden Rahmenbedingungen, die den Beschluss sinnvoll machen würden, hieß es seitens der KAÖ. Man fordere daher die Verantwortlichen auf, "endlich an der Verfassungsreform weiterzuarbeiten", so Derschmidt.

### "Rückschlag" für kinderfreundlichere Gesellschaft

Als "Rückschlag" für Bemühungen um eine kinderfreundlichere Gesellschaft bezeichnete die **Katholische Jungschar** den geplanten Beschluss. **Bundesvorsitzende Christina Schneider** stellte die Frage, was das für Kinderverfassungsrechte sein sollten, wenn eine direkte Einklagbarkeit beim Verfassungsgerichtshof nicht möglich sei.

Besonders der enthaltene Gesetzesvorbehalt sei bedenklich: "Die Entwicklung, dass einfaches Fremdenrecht nun verfassungsrechtliche Bestimmungen schlägt, macht mir Angst", so Schneider. Ein Beschluss des vorliegenden Entwurfs im Nationalrat am kommenden Donnerstag sei "nichts als symbolische Politik", deren Ziel es sei, "die Öffentlichkeit zu täuschen und die Debatte über echte Kinderrechte zu beenden".

### Verankerung braucht "mehr Zeit"

Der Diskussion über eine adäquate Verankerung der Kinderrechtskonvention "mehr Zeit und Raum" zu geben und dem Entwurf am kommenden Donnerstag nicht zuzustimmen, forderte das **"Netzwerk Kinderrechte Österreich"**, unter deren 32 Mitgliederorganisationen sich neben der Jungschar u.a. auch die **Pfadfinder, SOS-Kinderdorf, Unicef, Asylkoordination Österreich, Fice Austria/Kinderrechtbüro Österreich, Welt der Kinder** und **Don Bosco Flüchtlingswerk Austria** finden.

"Wir haben bisher noch immer keine Antwort darauf bekommen, warum nicht alle Kinderrechte in unserer Verfassung verankert werden sollen", so das Netzwerk in einer Aussendung mit Blick auf die fehlenden Bereiche, u.a. die Rechte auf Gesundheit, Freizeit und Spiel. Die von politischer Seite oftmals propagierte, aber bisher unerfüllte "vollständige Erfüllung der Standards der Kinderrechtskonvention in Österreich" verhöhne "geradezu die Opfer von Gewalt in der Familie, in kirchlichen und staatlichen Institutionen oder Kinderflüchtlingen", kritisieren die Kinderrechtsexperten.

**"Jugend Eine Welt"-Geschäftsführer Reinhard Heiserer** erklärte ebenfalls, der vorliegende Entwurf sei "zu wenig. Für Kinderrechte darf es keine Ausnahmen oder Sonderregelungen geben."

Keine Zustimmung für den vorliegenden Entwurf von den Parlamentariern forderten z.B. auch das **Don Bosco Flüchtlingswerk Austria**, der **"Lobby4kids"**, der auch die **Caritas-Kinder- und Jugendeinrichtung "Am Himmel"** in Wien angehört, sowie die Bundesjugendvertretung. Letztere lädt am Donnerstag im Vorfeld der bevorstehenden Beschlussfassung zur Medienaktion "Kinderrechte als Lotteriespiel" um 8.30 Uhr vor das Parlament.

Auch zahlreiche weitere Kinder-, Jugend- und Familienvertreter kritisierten den bevorstehenden Beschluss am

Donnerstag, darunter z.B. [Welt der Kinder](#), [Kinderbüro Steiermark](#) und das [Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte](#) oder auch die [Kinder- und Jugendanwaltschaft Wien](#).

## Verankerung nach Jahr der Diskussionen

Nach rund einem Jahr der Diskussion rund um eine Aufnahme der Kinderrechte in die Verfassung soll es nun tatsächlich soweit sein. Eine entsprechende Vier-Parteien-Initiative war in der Vorwoche im parlamentarischen Verfassungsausschuss von allen Fraktionen - mit Ausnahme der Grünen - angenommen worden. Damit dürfte der Weg für einen entsprechenden Beschluss im Plenum des Nationalrats am Donnerstag (20. Jänner) frei sein.

Der Entwurf sieht u.a. einen Rechtsanspruch auf gewaltfreie Erziehung, altersgerechte Mitspracherechte sowie ein Verbot von Kinderarbeit vor, berichtete die Austria Presse Agentur (APA). Auch sollen Kinder grundsätzlich Anspruch auf regelmäßigen Kontakt zu beiden Elternteilen haben.

Mehr als ein Jahr war der Beschluss nicht durch das Parlament gegangen, weil die Opposition mit dem Koalitionsvorschlag nicht mitgehen wollte. Während den Grünen der Entwurf bis zuletzt für eine Zustimmung nicht weit genug ging, konnten FPÖ und BZÖ schließlich mit Änderungen in ihrem Sinne überzeugt werden.

<http://www.kathweb.at/site/nachrichten/database/37020.html>

---

## **Schreiben an das Österreichische Parlament vom 18. 01. 2011**

Sehr geehrte Frau Präsidentin!  
Sehr geehrte Herren Stellvertreter der Frau Parlamentspräsidentin!  
Sehr geehrte Damen und Herren Klubobleute!  
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Niemand möchte, dass sein Kind geschlagen wird. Niemand möchte, dass sein Kind geringe Bildungschancen hat. Niemand möchte, dass sein Kind eineinhalb Jahre auf einen Therapieplatz warten muss. Die UN-Kinderrechtskonvention sorgt dafür, dass Kinder und Jugendliche wichtig und ernst genommen werden und ihnen in allen Lebenslagen grundlegende Rechte gewährleistet werden.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass nach vielen Jahren politischer Absichtserklärungen die Regierung bzw. die Parteien eine Verbesserung des rechtlichen Status der Konvention in Angriff genommen haben.

Das Vorgehen und der aktuelle Entwurf der Regierungsparteien für ein Bundesverfassungsgesetz zur Verankerung der Kinderrechte ist allerdings aus meiner Sicht keine adäquate Antwort Österreichs auf diesen Auftrag!

Ich bedauere und bin sehr enttäuscht, dass dieses Vorhaben offensichtlich in der vorliegenden, unzureichenden - weil unvollständig und sachlich teilweise nicht nachvollziehbaren Weise - vorgenommen werden soll.

Der vorliegende Entwurf greift nur einzelne Kinderrechte heraus, lässt andere unberücksichtigt – so findet sich insbesondere keine Verankerung der Bildung als Kinderrecht – und es fehlen besondere Verfahrensgarantien zur Sicherstellung etwa einer kindgerechten Verfahrensgestaltung zur Unterstützung der Geltendmachung der Kinderrechte.

Ausgerechnet die vom Kinderrechtsausschuss zu Grundprinzipien der Kinderrechtskonvention erklärten Bestimmungen zu Kindeswohl und Kinderpartizipation werden unter einen Gesetzesvorbehalt gesetzt – was angesichts der Erfahrungen bei der Abschiebung von Minderjährigen aus Österreich besonders betroffen macht. Und das, obwohl SPÖ, ÖVP, Grüne und BZÖ im Petitionsausschuss anlässlich der Anhörung zum Thema "Kinder in Schubhaft" die Anliegen der Petition ausdrücklich unterstützten.

Ein Hinweis darauf, dass mit dem Begriff „Kinder“ nicht nur bis 7-Jährige, sondern die Personengruppe bis unter 18 Jahre verstanden wird, fehlt.

Im Kontext Kinder mit Behinderung wäre wohl auch ein Verweis etwa auf die von Österreich ratifizierte Behindertenrechtskonvention angebracht gewesen wäre

Den vorliegenden Entwurf kann ich so jedenfalls zusammenfassend nicht als adäquate verfassungsrechtliche Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Österreich betrachten.

Ich fordere die Regierungsparteien und die Damen und Herren im Parlament auf, der Diskussion über eine adäquate Verankerung der Kinderrechtskonvention mehr Zeit und Raum zu geben.

Die BVG-Verankerung darf keine bloß symbolische Einzelmaßnahme bleiben. Es muss ein dringend erforderliches Gesamtpaket an begleitenden Unterstützungsmaßnahmen für Kinder wie Erwachsene (Information, Training, Evaluation) geschnürt werden!

Mit bedauernde Grüßen

Johannes-Maria Lex  
Privater  
Krausegasse 7a/10  
1110 Wien

Tel.: 0664/73592135

---

**Sie möchten auch an die Abgeordneten Schreiben – einfach *HIER* klicken!**

**[Schreiben an das Österreichische Parlament anlässlich dessen Befassung mit einem Gesetz zur Verankerung der Kinderrechte in der Bundesverfassung](#)**

---

**Antwort von SPÖ-Kinder und Jugendsprecherin Angela Lueger**

**Antwort vom SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann**

Von: Angela Lueger [mailto:angela.lueger@gdg-kmsfb.at]  
Gesendet: Mittwoch, 19. Januar 2011 07:42  
An: johannes-maria.lex@aon.at  
Betreff: Antwort: Kinderrechte in der Verfassung: derzeit ungenügend, unbeachtet, unwürdig!

Sehr geehrter Herr Lex!

Vielen Dank für Ihr Engagement für Kinderrechte.

Die SPÖ tritt seit langem dafür ein, Kinderrechte in der österreichischen Bundesverfassung zu verankern. Wir wollen die Rechtspositionen von Kindern stärken und haben daher gemeinsam mit dem Regierungspartner einen Antrag auf ein entsprechendes Bundesverfassungsgesetz eingebracht.

Der Antrag sieht positive einklagbare Rechte in jenen Bereichen vor, die in einer westlichen Demokratie Bedeutung haben. Es wurde daher auf die Aufzählung jener Angelegenheiten verzichtet, die bereits jetzt zum Teil verfassungsrechtlich oder auch in einfachen Gesetzen vollständig umgesetzt sind. Die Umsetzung der Konvention darf keine Unterschreitung des bisherigen Schutzes bewirken. Das Recht auf gewaltfreie Erziehung, Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung, Fürsorge und Schutz für behinderte Kinder, Verbot der Kinderarbeit sowie die Berücksichtigung der Meinung der Kinder, sind sicherlich Meilensteine in der Umsetzung der Kinderrechte. Darüber hinaus bringt das Kindeswohl als oberstes Prinzip außerdem eine generelle verfassungsrechtliche Wertung zum Ausdruck, die in allen Bereichen der Vollziehung berücksichtigt werden muss!

Der Verfassungsausschuss des Nationalrats hat vorigen Donnerstag erneut die Beratungen aufgenommen und ist nach einem weiteren ExpertInnenhearing zu einer breiten, mehrheitlichen Zustimmung der Abgeordneten von SPÖ, ÖVP, BZÖ und FPÖ (außer der Stimmen der Grünen) gekommen.

In der Diskussion wurde die Kritik hinsichtlich des in Artikel 7 beinhaltenden Gesetzesvorbehaltes geübt. Hier wird jedoch übersehen, dass der Gesetzesvorbehalt wortwörtlich dem Artikel 8 (2) EMRK nachgebildet wurde, welcher bereits geltendes Recht ist. Diesbezüglich liegt bereits eine moderne und zeitgemäße Judikatur vor. Im Zusammenhang mit beiden 8-jährigen Mädchen aus dem Kosovo, die mit ihrem Vater abgeschoben wurden, während die Mutter in Österreich in Spitalsbehandlung war, ist sicherlich die Art und Weise des Vollzugs zu diskutieren. Hier müssen neue und eindeutige Maßstäbe gesetzt werden. Eines möchte ich nach vielen Gesprächen

auch noch einmal ausdrücklich festhalten: Man kann das Fremden-, Niederlassungsrecht und das Asylgesetz nicht über die Kinderrechte regeln. Das sieht auch die UN Kinderrechtskonvention nicht vor!

Im Hinblick auf Ihre Bedenken und Sorgen im Zusammenhang mit der Nichtaufnahme von sozialen Grundrechten für Kinder muss ich darauf verweisen, dass es derzeit in der Bundesregierung keine Mehrheiten dafür gibt.

Ich bin überzeugt, dass dieser Entwurf der erste wichtige Schritt für Kinder in unserer Gesellschaft ist.

Mit freundlichen Grüßen

NR Angela Lueger e.h.

NR Peter Wittmann e.h.

Kinder- und Jugendsprecherin der SPÖ

Verfassungssprecher der SPÖ

---

### **Antwort von SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binde-Maier**

**Von:** Nießler Katrin [mailto:Katrin.Niessler@parlament.gv.at]

**Gesendet:** Mittwoch, 19. Januar 2011 14:51

**An:** Johannes-Maria Lex

**Betreff:** AW: Kinderrechte in der Verfassung: derzeit ungenügend, unbeachtet, unwürdig!

Sehr geehrter Herr Lex!

Im Namen der Abg.z.NR Gabriele Binder-Maier darf ich Ihnen folgende Antwort übermitteln

Die Verankerung von Teilen der Kinderrechte in der Verfassung ist ein bemerkenswerter verfassungsrechtlicher Schritt sowie eine sinnvolle Weiterentwicklung der Grundrechte. Mit diesem Bundesverfassungsgesetz wurden durchsetzbare Rechte geschaffen, insbesondere ist auch der Gesetzgeber nunmehr aufgefordert, die betroffenen Gesetze auf Bundes- und auf Landesebene zu überprüfen, ob diese mit den nunmehrigen Grundrechtsgarantien im Einklang stehen. Auch bei Schaffung von neuem Recht ist der Gesetzgeber an diese Vorgaben gebunden.

Dieser erste Schritt stellt einen Anfang und nicht das Ende dar. Ich werde mich weiterhin für Kinder und Jugendliche einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Binder-Maier  
SPÖ Familiensprecherin

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Nießler, M.A.

Parlamentarische Mitarbeiterin  
von Abg.z.NR Gabriele Binder-Maier  
SPÖ Familiensprecherin



A-1017 Wien – Parlament  
Tel. +43 1 401 10-3756  
Fax. +43 1 401 30-3729  
[katrin.niessler@parlament.gv.at](mailto:katrin.niessler@parlament.gv.at)

---

### ***Kinderrechte sind nicht teilbar! Nein zum Alibi-Gesetz!***

APA OTS (Pressemitteilung) - 18.01.2011

Die Kinderrechte auf Bildung, Gesundheit, Freizeit, soziale Sicherheit oder Antidiskriminierung fehlen vollkommen. Somit werden Kindern zentrale Rechte ...

[Kinderrechte ohne Einschränkungen](#) APA OTS (Pressemitteilung)

[UNICEF Österreich: Strikte Ablehnung des Entwurfs zur Verfassungsverankerung ...](#) APA OTS (Pressemitteilung)

[Live-PR.com \(Pressemitteilung\) - Kathweb - APA OTS \(Pressemitteilung\) - APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

[Alle 35 Artikel](#)

**Kinderrechte ohne Einschränkungen!**[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - "Die Aufnahme der Kinderrechte in die österreichische Verfassung wäre ein wichtiges Signal zum Schutz und Wohl von Kindern", ...

**Geplantes Verfassungsgesetz über die Kinderrechte entspricht nicht ...**[imzoom.info](#)

Die Plattform EduCare begrüßt es daher ausdrücklich, dass nach vielen Jahren ... Den vorliegenden Entwurf kann die Plattform EduCare so jedenfalls ...

**Verfassungsgesetzesentwurf ist keine adäquate Umsetzung der ...**

Die Plattform EduCare begrüßt es ausdrücklich, dass nach vielen Jahren politischer Absichtserklärungen die Regierung bzw. die Parteien eine Verbesserung des ...

[scoop.at/.../Verfassungsgesetzesentwurf-ist-keine-adaequate-Ums...](#)**Österreich: Kinderrechte in die Verfassung - aber vollständig!**[Readers-edition.de](#)

Den vorliegenden Entwurf kann die Plattform EduCare so jedenfalls zusammenfassend nicht als adäquate verfassungsrechtliche Umsetzung der ...

**Entwurf keine adäquate Umsetzung der Kinderrechtskonvention in ...**[Live-PR.com](#)

Die Plattform EduCare begrüßt es ausdrücklich, dass nach vielen ... Den vorliegenden Entwurf kann die Plattform EduCare so jedenfalls ...

**Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern in Österreich ...**

Die Plattform EduCare begrüßt es ausdrücklich dass nach vielen Jahren politischer ... Den vorliegenden Entwurf kann die Plattform EduCare so jedenfalls ...

[www.fair-news.de/.../Bundesverfassungsgesetz+ueber+die+Rec...](#)**Österreich geplantes Verfassungsgesetz über Kinderrechte nicht ...**

PRinside.com

Die Plattform EduCare begrüßt es ausdrücklich dass nach ... Den vorliegenden Entwurf kann die Plattform EduCare so jedenfalls ...

[www.pr-inside.com/.../sterreich-geplantes-verfassun-r2361019...](#)**Österreich: Gesetz über die Einbindung der Kinderrechte in die Bundesverfassung geplant - aber nicht (ganz) im Sinn der UN-Kinderrechtskonvention**[http://www.ptext.de/pressemitteilung/oesterreich-gesetz-einbindung-kinderrechte-bundesverfassung-geplant-sinn-un-kind-136446](#)

Österreich: geplantes Verfassungsgesetz über Kinderrechte entspricht nicht der UN-Kinderrechtskonvention

[http://www.offenes-](#)[presseportal.de/politik\\_gesellschaft/sterreich\\_geplantes\\_verfassungsgesetz\\_ueber\\_kinderrechte\\_entpricht\\_nicht\\_der\\_un-kinderrechtskonvention\\_211026.htm](#)**Österreich: Geplantes Bundesverfassungsgesetz ist keine adäquate Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention**[http://www.openpr.de/news/502231.html](#)**24PR => Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern in ...**

Die Plattform EduCare begrüßt es ausdrücklich, dass nach vielen Jahren politischer ... Die Plattform EduCare versteht sich als Arbeitsgemeinschaft von ...

[www.24pr.de/pr/pressemitteilung-235718.html](#)**Österreich: Vorliegender Entwurf für eine Verfassungsgesetz ist ...**

von jml

Der vorliegende Entwurf greift nur einzelne Kinderrechte heraus, lässt andere unberücksichtigt – so findet sich insbesondere keine Verankerung der Bildung als Kinderrecht – und es fehlen besondere Verfahrensgarantien zur

Sicherstellung ...

[presse-meldungen.at](http://www.presse-meldungen.at) » Österreich:... - <http://www.presse-meldungen.at/>

### **otsat Kinderrechte in Verfassung**

RETTET DAS KIND Kärnten spricht sich für eine vollständige Übernahme der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in die Österreichische ...

[www.ots.at/presseaussendung/.../kinderrechte-in-verfassung](http://www.ots.at/presseaussendung/.../kinderrechte-in-verfassung)

### **GdG-KMSfB begrüßt Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung**

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

++++ Der Beschluss zur Verankerung der Kinderrechte in der österreichischen Verfassung ist für die Nationalratssitzung morgen, Donnerstag, geplant. ...

### **Kein Kompromiss bei Kinderrechten**

[Hall in Tirol](#)

Zahlreiche Kinderorganisationen haben sich im Netzwerk Kinderrechte Österreich zusammengeschlossen und kämpfen für die Aufnahme. ...

### **Lueger: Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung wichtiger ...**

Utl.: Breite Mehrheit im Verfassungsausschuss für vorliegenden Antrag =

### **Alle Kinderrechte müssen in die Verfassung**

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - Kinderrechte sind nicht teilbar, folgedessen dürfen auch schwierigere Bereiche wie zum Beispiel die Rechte von Kinderflüchtlern oder Opfern ...

### **Kinderrechte ohne Einschränkungen**

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Eine Verankerung von Gesundheit, Lebensstandard, Freizeit oder Bildung als Kinderrecht sucht man ebenfalls vergeblich. Als völlig unverständlich stellt sich ...

### **Verankerung der Kinderrechte in der österreichischen Verfassung ...**

Die Plattform "Politische Kindermedizin" fordert gemeinsam mit vielen anderen Organisationen seit vielen Jahren die Verankerung der UN-Kinderrechte in der ...

[www.pr-inside.com/.../verankerung-der-kinderrechte-in-der-r...](http://www.pr-inside.com/.../verankerung-der-kinderrechte-in-der-r...)

### **Kinderrechte ohne Einschränkungen Alle Nachrichten auf quEDIT**

Home » TopNews Politik » APA-OTS » Kinderrechte ohne Einschränkungen ... für ein Bundesverfassungsgesetz zur Verankerung der Kinderrechte aus. ...

[www.quedit.com/.../kinderrechte-ohne-einschraenkungen-505...](http://www.quedit.com/.../kinderrechte-ohne-einschraenkungen-505...)

### **YouTube - Allen Kindern alle Rechte**

Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention uneingeschränkt und vorbehaltlos in die österreichische Bundesverfassung - ohne wenn und aber! ...

[www.youtube.com/video/Yq-qiMd5ovA](http://www.youtube.com/video/Yq-qiMd5ovA)

### **Kinderrechte: NGOs protestieren gegen Entwurf « DiePresse.com**

Kinderrechte sollen in der Verfassung verankert werden. Für Organisationen wie Amnesty International ist der Entwurf aber "kein Melienstein".

[diepresse.com/.../Kinderrechte\\_NGOs-protestieren-gegen-Ent...](http://diepresse.com/.../Kinderrechte_NGOs-protestieren-gegen-Ent...)

## **BILDUNGSVOLKSBEGEHREN**

### **Allgemeine Information zum Volksbegehren Bildungsinitiative**

#### **Die Aktivitäten der ersten Wochen**

- Mit der [Pressekonferenz am 5. November 2010](#) hat Dr. Androsch gemeinsam mit weiteren Befürwortern bzw. einer

Befürworterin (siehe auf der VBBI-Startseite) die Vorbereitungen zum "Volksbegehren Bildungsinitiative" (VBBI) gestartet und alle aufgerufen, dabei mitzumachen. Allen, denen die Zukunft unserer Jugend und damit die Zukunft Österreichs ein ernsthaftes Anliegen ist, sind eingeladen mitzuhelfen und mitzuarbeiten.

- Die zahlreichen darauffolgenden Reaktionen und Anfragen wurden gesammelt und bearbeitet.
- Anfang 2011 kamen interessierte Organisationen und ExpertInnen bei einem [ersten Vernetzungstreffen](#) im Wiener Museumsquartier zusammen, um in moderierter Gruppenarbeit die inhaltlichen Grundlagen des Volksbegehrens zu erarbeiten.

### Inhaltliche Vorbereitung der Einreichung

- Bis Anfang Februar arbeitet ein spezielles Redaktionsteam an der Formulierung des "Volksbegehren Bildungsinitiative" (VBBI), die am 2. Februar 2011 beim zweiten Vernetzungstreffen präsentiert wird.
- Bis spätestens Sonntag, den 23. Jänner, haben Sie bzw. Ihre Organisation oder Ihre Einrichtung etc. die Möglichkeit, Ihre Ideen, Anliegen, Wünsche und Anregungen zur Formulierung des Volksbegehrens (per [Online-Formular](#)) einzubringen.
- Ab dann gilt es, möglichst rasch rechtsgültigen Unterstützungserklärungen zu sammeln (wir benötigen mindestens 8.032 Stück), die dem Einleitungsantrag beim Bundesministerium beizulegen sind.

### Unterstützungserklärungen sammeln

- Sobald der finale Text des Volksbegehrens Bildungsinitiative (VBBI) steht, stellen wir auf unserer Website das Unterstützungserklärungs-Formular zum Downloaden bzw. Ausdrucken zur Verfügung.
- Mit dieser vorbereiteten Unterstützungserklärung gehen Sie dann zu Ihrer Hauptwohnsitz-Gemeinde und leisten dort die Unterschrift. Auch eine gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der Unterschrift wird anerkannt. Gültig ist eine Unterstützungserklärung dann, wenn auf dieser die Gemeinde bestätigt, dass der/die Unterstützungswillige in die Wählerevidenz der Gemeinde eingetragen ist, das 16. Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde seinen/ihren Hauptwohnsitz hat.
- Nähere Informationen für die Abgabe der Unterstützungserklärung werden auf unserer Website zur Verfügung gestellt werden.

### Registrierung als Unterstützerin/Unterstützer auf der VBBI-Homepage ist KEINE rechtsgültige Unterstützungserklärung

Ihre Registrierung auf unserer Website stellt KEINE amtlich gültige Unterstützungserklärung dar.

Die Registrierung ersetzt NICHT die Unterschrift als Unterstützerin/Unterstützer für das Volksbegehren in der Einreichphase (voraussichtlich im Jänner 2011) an öffentlicher Stelle (z.B. Gemeindeamt) oder später innerhalb der achttägigen Eintragungsfrist (Termin wird vom Bundesministerium für Inneres festgelegt) bei den Wahlbehörden.

### Website wird permanent erweitert, Downloads zur Verfügung gestellt

Unsere Website werden wir sukzessive befüllen und Ihnen u.a. diverse Downloads zur Verfügung stellen:

- Unterstützungserklärung für die Einreichung des "Volksbegehren Bildungsinitiative" (ab ca. Februar 2011, wenn gesamte Antragsformulierung steht),
- diverse Informationsblätter zum "Volksbegehren Bildungsinitiative"
- Eintragungsliste für das "Volksbegehren Bildungsinitiative" (für die Eintragungswoche, die vom Bundesministerium für Inneres festgelegt wird)

### Volksbegehrengesetz

Für die Durchführung eines Volksbegehrens gibt es ein eigenes Gesetz: das Volksbegehrengesetz 1973.

Näheres dazu finden Sie auf dieser Homepage unter "[Wissenswertes](#)".

### Videos zum Vernetzungstreffen – Raphaela Keller, ÖDKH/Plattform EduCare

[http://www.vbbi.at/fileadmin/user\\_upload/videos/vernetzungstreffen-110110/interview2\\_3.wmv](http://www.vbbi.at/fileadmin/user_upload/videos/vernetzungstreffen-110110/interview2_3.wmv)

## Die Plattform EduCare unterstützt das Volksbegehren „Bildung ist Zukunft“

Bei der Auftaktveranstaltung am 10. Jänner 2011 waren seitens der Plattform EduCare vertreten:

[Raphaela Keller](#)  
[Mag.a Dr.in Heidemarie Lex-Nalis](#)  
[Heidi Prammer](#)  
[Mag.a Tanja Täuber](#)  
[Dr.in Brigitte Zielina](#)

Zur Seite des Volksbegehrens: <http://www.vbbi.at>

## BILDUNGSPOLITIK

### **Neujahrsempfang - Faymann: "Österreich muss in Zukunft zu den Ländern mit der besten Bildung zählen"**

titel.: Prinzip der Gemeinsamkeit hat sich in Österreich bewährt -  
Gemeinsames vor das Trennende stellen =

Wien (OTS/SK) - Bundeskanzler Werner Faymann hat heute, Mittwoch, im Zuge des Neujahrsempfangs der Bundesregierung dafür plädiert, "das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen". Rund 1.500 Gäste fanden sich dazu in der Hofburg ein. "Wir dürfen keine Zeit verlieren und müssen die Bildungsreform mit ganzer Kraft vorantreiben. Österreich muss in Zukunft zu den Ländern mit der besten Bildung zählen", sagte Bundeskanzler Faymann. Kinderbetreuung, der vorschulische Bereich, kleinere Klassen, ein einheitliches Lehrerdienstrecht, gemeinsame Lehrerbildung sowie der tertiäre Sektor und die Studienplatzfinanzierung müssten dafür gestärkt werden. Noch heuer will der Kanzler dafür die "richtigen Weichen" stellen. \*\*\*\*

Die Allgemeine Wehrpflicht und die derzeitige Situation des Bundesheeres sind für den Kanzler nicht mehr "zeitgemäß" und ungeeignet für die Herausforderungen der Zukunft. Für die Sicherheit unseres Landes brauche es daher "neue Weichenstellungen" und Reformen. Faymann weiter: "Wenn es keine parlamentarische Einigung gibt, wird eine Volksbefragung notwendig sein." Regierung, Parlament und die österreichische Bevölkerung seien gefordert, über die Zukunft des Bundesheeres noch im ersten Halbjahr 2011 zu entscheiden.

Um die Finanzierbarkeit der Pflege zu sichern, brauche es, so der Bundeskanzler, "die Schaffung eines Pflegefonds, als weiteren Baustein in unserem Pflege- und Gesundheitssystem". Damit soll den Menschen "ein Altern in Würde" ermöglicht werden. "Wir dürfen in dieser Frage nicht die Hände in den Schoß legen - eine Reform muss auf der Tagesordnung stehen", betonte Faymann. Weiters sprach sich der Bundeskanzler dafür aus, "Spekulation in Europa zu bekämpfen, die Finanzmärkte zu regulieren und zusätzliche Einnahmen in Europa zu schaffen". Damit soll vor allem der soziale Zusammenhalt gestärkt werden: "Im eigenen Land müssen wir in diesem Bereich vorbildlich und Europa beispielgebend sein."

Mut und Entschlossenheit braucht es", so Faymann, "für eine Verwaltungsreform und ein Zurückdrängen der Bürokratie". Ziel müsse sein, mit weniger Leuten, dieselbe Qualität zu gewährleisten und Menschen in wichtigeren Bereichen einzusetzen.

Das Prinzip der Gemeinsamkeit habe sich bereits in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise bewährt. Und nur so könne Österreich auch in Zukunft notwendige Reformen, etwa in der Bildung oder beim Bundesheer, bewältigen. "Es ist unsere Aufgabe, daran zu arbeiten, dass wir auch in zehn Jahren das Land mit der höchsten Beschäftigung und der geringsten Arbeitslosigkeit in Europa sind", skizzierte der Bundeskanzler seine Zukunftsperspektiven. Österreich habe sich bereits ausgezeichnet, die Krise besser bewältigt zu haben, als die meisten anderen Länder in Europa. "Der Schlüssel dafür liegt in der Gemeinsamkeit", so Faymann.

Besonders hob Bundeskanzler Faymann die Sozialpartnerschaft hervor. Sie verkörpere das Prinzip der Gemeinsamkeit und sei auch "Vorgabe für die Zukunft". Und weiter: "Die Unternehmer des Landes, die Arbeitnehmer, die Forschung und Entwicklung, Leistungskraft und Wirtschaftswachstum sowie die Export-Erfolge braucht es auch weiterhin für eine möglichst hohe Beschäftigung." (Schluss) mo/sa

## Rückfragehinweis:

SPÖ-Bundesorganisation, Pressedienst, Löwelstraße 18, 1014 Wien  
Tel.: 01/53427-275  
<http://www.spoe.at/impressum>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/195/aom>

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

---

**Neujahrsempfang - Faymann: "Österreich muss in Zukunft zu den Ländern mit der ...** APA OTS  
(Pressemitteilung) - Vor 8 Stunden  
Und nur so könne Österreich auch in Zukunft notwendige Reformen, etwa in der Bildung oder beim Bundesheer, bewältigen. "Es ist unsere Aufgabe, ...  
[Josef Pröll stellt die gemeinsame Arbeit beim Neujahrsempfang der ...](#) oevp.at  
[Regierungsempfang: "Gemeinsames vor Trennendes stellen"](#) derStandard.at  
[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)  
[Alle 43 Artikel](#)

---

## BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS  
Informationsangebote

---

### BURGENLAND



Burgenland: [www.burgenland.at](http://www.burgenland.at)

---

Meldungen: keine

---

### KÄRNTEN



Kärnten: [www.ktn.gv.at](http://www.ktn.gv.at)

---

Meldungen:

#### Studie erhebt Bedürfnisse der Frauen

[Kleine Zeitung](#)

Als positives Beispiel nannte Prettnner die Kelag, die jetzt einen Betriebskindergarten einrichtet. Zum Internationalen Frauentag, der sich zum 100. ...

---

### NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: [www.noel.gv.at](http://www.noel.gv.at)

---

Meldungen: keine

---

### OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: [www.ooe.gv.at](http://www.ooe.gv.at)

---

**Meldungen:**

**Kindergarten erst um 9 Uhr öffnen: Bürgermeisterin macht Rückzieher** nachrichten.at  
Nach dem Besuch einer Kindergarten-Inspektorin trat Bürgermeisterin Regina Rieder auf die Bremse. Die Expertin kritisierte, dass am frühen Morgen für ...

---

**SALZBURG**Salzburg: [www.salzburg.gv.at](http://www.salzburg.gv.at)**Meldungen: keine**

---

**STEIERMARK**Steiermark: [www.steiermark.at](http://www.steiermark.at)**Meldungen: keine**

---

**TIROL**Tirol: [www.tirol.gv.at](http://www.tirol.gv.at)**Meldungen: keine**

---

**VORARLBERG**Vorarlberg: [www.vorarlberg.at](http://www.vorarlberg.at)**Meldungen: keine**

---

**WIEN**Wien: [www.wien.gv.at](http://www.wien.gv.at)**Meldungen: keine**

---

---

**PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN,  
UNIVERSITÄTEN**

Übersicht

Inskription

---

***Weichen für die neue Schule sind gestellt***

Kleine Zeitung

... im Rahmen der schulübergreifenden Lehrerfortbildung der Pädagogischen Hochschule gemeinsam an Schulprofil und Entwicklung des Leitbildes gearbeitet. ...

---

**QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN**

---

## E-Mail-Aktion

### **NUN IST INVESTITION IN DIE QUALITÄT DER ELEMENTARPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN ANGESAGT!**

Eine große Anzahl von an der Elementarpädagogik – und damit an der Zukunft unseres Landes - interessierten Menschen aus ganz Österreich hat in den vergangenen Tagen ihre Sorge über die Zukunft der Kindergärten und anderen Einrichtungen bekundet. So weit sie der Plattform EduCare bekannt sind, finden sie die bisherigen [Schreiben](#) von Mitgliedern und MultiplikatorInnen auf der Homepage der Plattform EduCare.

Nunmehr gibt es auch schon einige [Stellungnahmen von PolitikerInnen](#).

Die Ministerinnen **Karl** und **Schmied** sind beispielhaft in Sachen Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen unterwegs. Sie geben uns zumindest das Gefühl, in den [Stakeholderkonferenzen](#) ernst genommen zu werden.

Ministerin Schmied hat über ihre zuständige Abteilung bereits eine – kurze – Stellungnahme gesandt.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen.

Die Frau Parlamentspräsidentin, die Klubobleute von SPÖ, ÖVP und BZÖ negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.

Wenigstens aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.

Die Schreiben finden Sie [hier](#).

Viele sind - zurecht - zutiefst verärgert!

Wir möchten Ihnen einerseits herzlich für Ihr Engagement für das Elementarbildungswesen in Österreich, für die Zukunft unseres Landes danken – und Sie andererseits **dringend ersuchen**, in ihrem KollegInnen-, Bekannten- und Freundeskreis sowie bei den Eltern weitere Briefe anzuregen:

**"Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"**

- unter diesem Link finden Sie Adressen und Textvorschlag für die E-Mail.

## TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

**Abhilfe für viele - VP will Tagesmütter bekannter machen - "flexible Betreuung"** Krone.at

Der VP-Abgeordnete Lukas Mandl will daher das Tagesmütter-Angebot bekannter machen: "So werden Randzeiten besser abgedeckt." Wenn der Kindergarten am Abend ...

## IMPRESSUM UND HINWEISE

### Plattform EduCare

#### Postadresse:

Krausegasse 7a/10  
1110 Wien  
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: [+ Add me to Skype](#)

E-Mail: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

### **Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.**

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

➔ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ➔

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen  
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: [Informationsdienst@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationsdienst@Plattform-EduCare.org)

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten  
Wir verarbeiten sie streng vertraulich: [Informationspool@Plattform-EduCare.org](mailto:Informationspool@Plattform-EduCare.org)

#### Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

#### Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

#### Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

**Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen**

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.